

Verkehr in Berlin

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg, Reinhard Frede, hat mir eine Mail zum Thema „Verkehr in Berlin“ geschickt.

„Lieber Ed Koch, da Sie keine Fahrerlaubnis besitzen, fällt Ihnen vieles an Missständen in der Berliner Verkehrspolitik nicht auf. Sie wundern sich immer wieder über die ‚Undankbarkeit‘ der Berliner Wähler. Da der Individualverkehr zurückgedrängt und nicht als gleichwertiger Verkehrsträger behandelt wird, erzeugen folgende Einschränkungen viel Unmut:

Parkplätze an den Straßenrändern werden im großen Stil wegrationalisiert. Die Lichtzeichenanlagen sind tagsüber auf den großen Straßen auf ‚rote Welle‘ geschaltet. Zudem ist auf wichtigen Hauptverkehrsstraßen nur noch Tempo 30 km/h erlaubt. Von den drohenden Dieselfahrverboten will ich gar nicht erst reden. Jetzt fallen zusätzlich noch wichtige U-Bahnverbindungen wegen der Bauarbeiten am Schienennetz aus (U2 und U3).

Ich weiß von den Grünen, dass sie langfristig die autofreie Stadt anstreben. Die Berliner SPD macht begeistert mit. Niemand bemerkt, dass damit nicht nur der Individualverkehr, sondern auch der Wirtschaftsverkehr lahmgelegt wird. Das ist in einer so bedeutenden Metropole unverantwortlich!!! Wir alle leben schließlich doch von Wirtschaft und von Dienstleistungen. Dafür benötigen wir intakte Verkehrsverbindungen: öffentliche und individuelle! Wer nicht mehr im Berufsleben steckt, der merkt all diese Missstände nicht und wundert sich über die ‚Undankbarkeit‘ der vormaligen SPD-Wähler.“

Lieber Reinhard Frede, es ist richtig: Ich habe keine Fahrerlaubnis, noch nie in meinem Leben gehabt. Dafür stecke ich aber nach wie vor voll im Berufsleben und im Straßenverkehr, als Mitfahrer im Pkw und als Nutzer des ÖPNV. Die „Undankbarkeit“ der Wähler, von der ich gelegentlich schreibe, bezieht sich auf die SPD, denn Grüne und Linke können sich ja gegenwärtig nicht beklagen. Ihre Klientel hat sich seit der Wahl 2016 von rund 15 auf 23 bzw. 18 Prozent erhöht. Vor allem die Grünen bestimmen gegenwärtig die Verkehrspolitik in Berlin mit einer ziemlich unfähigen Senatorin. Wertet man das, was gegenwärtig auf Berlins Straßen geschieht, als Konzept der Rot-Rot-Grünen Koalition, so ist ganz offenbar die Mehrheit der Wähler damit einverstanden. Seit den letzten Wahlen im September 2016 hat R2G durchgängig eine Mehrheit von über 50 Prozent, zurzeit 56. Man kann also nicht behaupten, dass es einen Volksaufstand gegen die rot-rot-grüne Verkehrs-

politik gibt. Bei Berliner Autofahrern bleiben die Warnwesten im Kofferraum. Die nach meiner Meinung zu Recht gegen diese Verkehrspolitik opponierenden Parteien CDU und FDP verharren seit 2016 auf ihren 17 bzw. sieben Prozentpunkten. Tempo 30-Zonen, sagen viele Experten, sind sinnlos, auch das Sperren von Straßenzügen für Dieselfahrzeuge sorgt lediglich für eine Verlagerung des Problems. Wir können in Berlin die R2G-Verkehrspolitik kritisieren. Wir sollten dabei aber berücksichtigen, dass es sich hier um einen europaweiten, ja weltweiten Trend handelt, den Individualverkehr aus den Innenstädten zu verbannen. Seit Jahresbeginn dürfen in die Innenstadt der norwegischen Hauptstadt Oslo keine Privat-Pkws mehr fahren. Auch Madrid, Helsinki, Hamburg, das chinesische Chengdu, Kopenhagen, London, Brüssel, Mexiko-Stadt und New York arbeiten an autofreien Konzepten und haben diese teilweise schon umgesetzt.

Als alter New York-Fan hätte ich es nie für möglich gehalten, dass der Times Square zur Fußgängerzone erklärt wird, und das bereits 2009. Auch die vier Verbindungsstraßen durch den Central Park sind dicht. „De voetganger wordt koning“, der Fußgänger wird König, heißt die Devise in Brüssel, und nicht nur dort. Darüber, dass Rettungsfahrzeuge alle Ziele in den Innenstädten erreichen werden, genauso wie der Klempner und der Bote von Amazon, müssen wir uns wohl keine Sorgen machen. Den autofreien Trend, lieber Reinhard Frede, werden wir nicht aufhalten können. Was mich jedoch viel mehr ankotzt, ist die Berichterstattung über die Sperrung von U-Bahnlinien. Als ginge die Welt unter und als mache das der Senat nur, um die Bürger zu ärgern. Notwendige Reparaturarbeiten dulden keinen Aufschub. Man kann ja nicht warten, bis die U-Bahn-Wagen aus den maroden Gleisen springen. Wie die Berichterstattung dann aussähe, kann man sich denken. Eine Milliarde Fahrgastzahlen verzeichnet die BVG jährlich. Und alle haben ihr Ziel erreicht. Erstaunlich. **Ed Koch**